

NZZ online 14. März 2016

Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»

Gegen eine Zwangsabgabe für Unternehmen

Einen Betreuungsfonds zur Förderung der Krippen und zur Entlastung der Eltern will eine Volksinitiative der Alternativen Liste aus Geldern der Wirtschaft speisen. Der Kantonsrat ist dagegen.

Von Walter Bernet



Die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» wird vom Kantonsrat klar verworfen. (Bild: Ennio Leanza / Keystone)

Chancenlos war am Montag im Kantonsrat die von der Alternativen Liste (AL) lancierte Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle». Nur SP und Grüne stimmten mit der AL; das Schlussresultat lautete 119 zu 52 Stimmen. Die Initiative verlangt die Einrichtung eines Fonds zur Verbilligung der Elternbeiträge, zur Schaffung neuer Betreuungsplätze, wo es noch daran mangelt, und zur Unterstützung von Krippen mit Ausbildungsfunktion. Er würde alimentiert aus Abgaben der Betriebe von 2 bis 5 Promille von deren Lohnsumme. Abgewickelt würden diese Zahlungen über die Familienausgleichskassen. Jährlich würden rund 120 Millionen Franken zur Verfügung stehen.

Verkappte Steuererhöhung

Wie Moritz Spillmann (sp., Ottenbach), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK), ausführte, waren die Meinungen in der Vorbereitung rasch gemacht. Eine Mehrheit wolle die bewährte Zuweisung der familienergänzenden Kinderbetreuung an die Gemeinden und die Eltern nicht antasten. Wo es noch wenige Krippen gebe, sei auch der Bedarf nicht ausgewiesen. Den Kanton neu in ein funktionierendes System einzubinden, sei kontraproduktiv. Die Minderheit kritisiere die im Vergleich zum benachbarten Ausland oder zur Westschweiz hohen Elternbeiträge.

In der Folge äusserten sich auf beiden Seiten auffällig viele Frauen im Namen ihrer Fraktionen. Doch zuerst hatte die Bülacherin Maria Eisele, die zuletzt 2015 für die AL für den Kantonsrat kandidiert hatte, das Wort. Sie sprach als Vertreterin des Initiativkomitees. Man sei im Kanton noch weit davon entfernt, Vätern und Müttern eine entspannte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, sagte sie.

Anders als in den Nachbarländern, wo die Eltern maximal 25 Prozent der Vollkosten für Kinderbetreuung zu tragen hätten, seien es im Kanton Zürich 66 Prozent. 4000 Franken monatlich für die Betreuung von zwei Kindern an fünf Tagen sei schlicht und einfach zu viel. Sie empfahl einen Blick in die Kantone Waadt, Freiburg und Neuenburg, wo auch die Arbeitgeber sich an den Kosten der Betreuung beteiligen. Dies sei der richtige Weg, denn auch den Betrieben nütze es, wenn ihre Angestellten bezahlbare Betreuungsplätze finden.

Cäcilia Hänni (fdp., Zürich), selber im Stiftungsrat einer Institution, die seit 130 Jahren Kinderbetreuung anbietet, hielt ihr entgegen, es handele sich beim Vorschlag der Initiative um nichts anderes als um eine verklausulierte Steuererhöhung nur für Unternehmen. Unternehmen sollten zwar zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen und sich auch an den Kosten der Betreuung beteiligen. Aber eine Zwangsabgabe bewirke in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten höchstens den Abbau von Arbeitsplätzen.

Unzimperlich argumentierte Anita Borer (svp., Uster). Es handle sich einmal mehr um einen gewerbefeindlichen Vorstoss. Sie frage sich, ob den Initianten bewusst sei, dass unser Wohlstand vor allem von den KMU komme, die für Arbeit sorgten. Corinne Thomet (cvp., Kloten) sprach sich für das bewährte System eines differenzierten Angebots je nach lokaler Nachfrage aus. Einen besseren Dienst erweise man der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit Tagesschulen. Cornelia Keller (bdp., Gossau) bezeichnete die Initiative als aufgeblähtes zentralistisches Instrument, das einer Verstaatlichung der Betreuung entspreche.

«Ein Armutszeugnis»

Auf der Gegenseite beklagte Monika Wicki (sp., Zürich), dass sich anders als früher nur noch wenige grosse Unternehmen in der Kinderbetreuung engagierten. Das sei zu korrigieren. Eine Abgabe von 2 bis 5 Lohnpromille sei nicht viel; die Betriebe profitierten auch. Karin Fehr (gp., Uster) bezeichnete es als Armutszeugnis, dass die Schweiz sich im europäischen Vergleich wenig in der Frühförderung engagiert. Die Initiative Sorge für eine faire Lastenverteilung unter den Hauptnutzern und schlage eine denkbar einfache Lösung vor. Für Judith Stofer (al., Zürich) kann Kinderbetreuung heute nicht mehr Privatsache sein. Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe. Nur noch eine Minderheit der Mütter sei nicht erwerbstätig. Über die Initiative wird an der Urne voraussichtlich am 25. September abgestimmt.